

AUGUST 2006

**Außenpolitik wird in Zeiten der Globalisierung zunehmend zur Innenpolitik und geht deshalb jeden einzelnen Bürger etwas an! Diese Erkenntnis ist in Deutschland keine Selbstverständlichkeit, denn wir haben immer noch keine außenpolitische Kultur, die mit der in den USA, Großbritannien oder Frankreich vergleichbar wäre. Eine *Strategic Community*, die sich aus den unterschiedlichen Teilbereichen der Gesellschaft zusammensetzt und in Fragen der internationalen Politik sprechfähig ist, muss bei uns erst entwickelt werden. Dazu möchte die gemeinnützige Atlantische Initiative einen Beitrag leisten. Die *Global Must Reads* fassen wichtige Studien und Analysen vor allem aus amerikanischen und europäischen Think Tanks sowie internationalen Zeitschriften auf Deutsch zusammen. Dieser Service basiert auf dem Angebot unseres täglich aktualisierten Internetportals [www.global-agenda.org](http://www.global-agenda.org).**

- ▶ Szenarien für eine globale NATO Seite 1
- ▶ Energie unterm Eis: Streit um die Ressourcen der Arktis Seite 2
- ▶ Bildungsinvestitionen: EU gefährdet eigene Wettbewerbsfähigkeit
- ▶ Venture Capital wird immer globaler Seite 3
- ▶ Chancen und Probleme für die internationalen Arbeitsmärkte Seite 4
- ▶ Zerfallende Staaten als globales Sicherheitsrisiko
- ▶ Der Westen nimmt die Armutsbekämpfung nicht ernst

---

**SPECIAL: Bericht über die erste „Atlantic Happy Hour“ mit dem  
NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer** Seite 6

---

### **Szenarien für eine globale NATO**

Ivo Daalder und James Goldgeier, *Global NATO, Foreign Affairs*, September/Oktober 2006

In den letzten Jahren hat sich die NATO fast unbemerkt von einem geographisch begrenzten Verteidigungsbündnis zu einer global tätigen Organisation gewandelt. Beispiele neuer NATO-Einsätze rund um den Globus sind das ISAF-Kommando in Afghanistan, das Training für irakische Offiziere, die Luftbrücke für Soldaten der Afrikanischen Union nach Darfur oder die Hilfe für Opfer von Naturkatastrophen.

Doch die NATO bleibt eine regionale Organisation, die die globalen Sicherheitsaufgaben nicht allein übernehmen kann. Deshalb ist sie bei ihren Einsätzen immer stärker auf die Unterstützung von Ländern angewiesen, die der Allianz nicht angehören. Australien, Brasilien, Japan, Indien, Südafrika oder Südkorea – Staaten wie diese unterstützen die NATO mit zusätzlichen Soldaten oder Logistik. Gleichzeitig teilen sie die Werte und Interessen des Bündnisses. NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer sprach deshalb im April 2006 erstmals von einer „Allianz mit globalen Partnern“. Doch reicht eine Partnerschaft aus, um gemeinsame Strategien auch erfolgreich umzusetzen?

Die NATO sollte die globalen Partnerschaften nicht als das Ende ihres Erweiterungsprozesses betrachten, sondern als ersten Schritt zur formellen Mitgliedschaft. Dazu bedarf es allerdings einer Änderung des Artikels 10 des

Nordatlantikvertrags, der nur europäische Staaten als neue Mitglieder erlaubt. Statt geographischer Kriterien sollte hier lieber das Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten zählen sowie deren reale Berücksichtigung in der politischen Praxis. Damit könnte jeder Staat die Mitgliedschaft beantragen, der die Ziele der NATO teilt.

Eine globale NATO stellt keine Konkurrenz zu den Vereinten Nationen oder zur EU dar. Weil die NATO in erster Linie eine militärische Allianz bleibt, wird sie keine zweite UN. Eine weltweit von den führenden Demokratien unterstützte NATO würde bedeutend mehr Legitimität genießen. Sie könnte die UN dabei unterstützen, ihre Entscheidungen auch durchzusetzen – man denke an die bereits vor 2 Jahren beschlossene Entwaffnung der Hisbollah. Der EU könnte eine globale NATO bei ihrem weltweiten Engagement ebenfalls wichtige Hilfestellung leisten. Da der EU die militärischen Kapazitäten fehlen, um weit außerhalb Europas zu operieren, wäre ein solches Bündnis eine konstruktive Ergänzung, die zur Umsetzung von Zielen etwa beim Wiederaufbau unverzichtbar werden könnte. Vorerst ist nicht abzusehen, dass die EU in naher Zukunft selbst die nötigen militärischen Kapazitäten dafür schaffen wird. [Mehr...](#)

### **Energie unterm Eis: Streit um die Ressourcen der Arktis**

Michael Piskur, *The Arctic and Future Energy Resources*, *The Power and Interest News Report*, 21.08.2006

Unter dem meterdicken Eis der Arktis wird mehr als ein Viertel der globalen Energiereserven vermutet. Bisher galten sie entweder als unerreichbar oder ihre Erschließung war mit hohen Risiken und Kosten verbunden. Steigende Energiepreise und die globale Klimaerwärmung sorgen dafür, dass beide Hindernisse an Gewicht verlieren – eine Entwicklung, die neue Begehrlichkeiten bei den Anrainerstaaten weckt und für Streit sorgen könnte.

Ungelöste Grenzfragen rund um die Arktis sind dabei das Hauptproblem. Von wenigen Ausnahmen abgesehen galt die Arktis bisher als internationales Gebiet ohne nationale Gebietsansprüche. Mittlerweile streiten sich die USA und Russland um das Beringmeer, Norwegen und Russland um die Barentssee und zwischen Kanada und Dänemark herrscht Streit um die zwar winzige, strategisch jedoch wichtige Hans-Insel. Dänemark ging sogar so weit, den gesamten Nordpol für sich zu beanspruchen – unter dem Vorwand, die Eismassen seien die natürliche Fortsetzung des grönländischen Festlandes.

Vor allem die USA versuchen, ihre Abhängigkeit von ausländischen Ölimporten zu verringern und beabsichtigen, die Erschließung der Öl- und Gasreserven Alaskas voranzutreiben oder sich an ausländischen Projekten zu beteiligen:

- Seit 1979 wird in den USA die Erschließung der Vorräte des „Arctic National Wildlife Refuge“ debattiert. Befürworter führen Schätzungen an, nach denen 10,4 Mrd. Barrel Erdöl unter dem Reservat liegen sollen. Andere Quellen gehen lediglich von 4,3 bis 7,7 Mrd. Barrel aus. Gegner des Vorhabens betonen, dass die Vorräte die Ölabhängigkeit der USA kaum mindern könnten, da das Land mehr als 7 Mrd. Barrel Öl pro Jahr verbraucht.
- Bedeutend mehr Ressourcen werden im Shtokman-Feld im russischen Teil der Barentssee vermutet. Hier sollen zwischen 3.200 und 3.700 Mrd. Kubikmeter Gas liegen. Im Wettbewerb verschiedener Energiekonzerne um die Erschließung der Vorkommen zeichnet sich derzeit eine Niederlage der amerikanischen Bewerber Chevron und ConocoPhillips ab.
- Russland scheint die Anbieter Statoil und Norsk Hydro ASA nicht nur wegen der großen Erfahrung der Norweger, sondern auch aus strategischen Gründen vorzuziehen. Dies ist unter anderem eine Reaktion auf die US-Blockade gegen den Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation. Nach der geschäftlichen Einigung beabsichtigt Präsident Putin, die Grenzstreitigkeiten mit Norwegen beizulegen und die wirtschaftliche Kooperation beider Länder auszubauen.

Der großflächige Zugriff auf die Energieressourcen und Schifffahrtswege in der Arktis wird erst in Jahrzehnten möglich sein. Bis dahin scheint sich der Trend zu immer teureren und gefährlicheren Projekten fortzusetzen, während die Spannungen zwischen den beteiligten Staaten zunehmen. [Mehr...](#)

### **Bildungsinvestitionen: EU gefährdet eigene Wettbewerbsfähigkeit**

Jean Pisani-Ferry, *Europe's Eroding Wealth of Knowledge*, *Bruegel*, August 2006

Der EU-Gipfel von Lissabon gab im Jahr 2000 vor, wie Europa sich in einer globalen Ökonomie behaupten kann: als wissensbasierte Ökonomie. Dahinter steckte die

strategische Überlegung, dass die EU als Wirtschaftseinheit nur überleben kann, wenn sie in Zukunft noch stärker auf ihr Humankapital setzt.

Neuere Vergleichsdaten zeigen nun, dass der Erfolg dieser Strategie gefährdet ist. Dabei stehen drei Faktoren im Mittelpunkt:

1. Der EU-Erwachsene ist im Durchschnitt weniger gebildet als Erwachsene in anderen Industrieländern: Er hat zwei Jahre weniger studiert als ein US-Bürger und ein Jahr weniger als ein Japaner.
2. Der Rest der Welt holt stark auf: Weltweit lebt ein Viertel der Menschen mit Zugang zu höherer Bildung in den USA, ein Fünftel in den so genannten BRICs (Brasilien, Russland, Indien und China) und weniger als 15% in den EU-25. Die BRICs vereinen mittlerweile ein Drittel aller Studenten auf sich. Zum Vergleich: die EU 16% und die USA 15%.
3. Mehr Maschinen als Bildung: Europa ist besser mit physischem Kapital (Fabrikhallen und Maschinen) ausgestattet als mit Humankapital. Dies gilt besonders für Westeuropa, wo der intensive Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer außergewöhnlich hohen Ausstattung mit physischem Kapital geführt hat (etwa ein Viertel des weltweiten physischen Kapitals). Die US-Wirtschaft ist sowohl mit Humankapital als auch mit physischem Kapital gut ausgestattet. Daher exportieren die USA hauptsächlich so genannte „skills-intensive goods“ wie moderne Technologie, während sich die EU auf Produkte mit hoher Kapital- und „medium-skill“-Intensität spezialisiert hat (z.B. Automobil- oder Chemieindustrie).

Bisher zählte die EU vor allem deshalb zu den Globalisierungsgewinnern, weil die aufstrebenden Volkswirtschaften (z.B. China) die Nachfrage nach europäischen Exportprodukten steigern – noch.

Weil die EU-Staaten sich aber so schwer damit tun, ihre Bildungssysteme zu reformieren und mit den nötigen Finanzmitteln auszustatten, riskieren die Europäer, ihren Vorteil zu verspielen. Zudem betreiben nur wenige EU-Länder eine moderne Einwanderungspolitik, die Europa attraktiv für hochqualifizierte Einwanderer macht. Die USA dagegen investieren mehr in Humankapital, haben eine vergleichbar gute Infrastruktur, bessere Wirtschaftsinstitutionen sowie eine effektive und attraktive Einwanderungspolitik.

Auf Wissen und Bildung kommt es an. Doch will die EU ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten, muss diese Erkenntnis viel entschlossener und schneller in praktische Politik umgesetzt werden. Der Wohlstand in Europa kann nur gesichert werden, wenn die EU endlich Ernst macht mit ihrem Vorhaben und die Investitionen in Humankapital deutlich erhöht. [Mehr...](#)

### **Venture Capital wird immer globaler**

Global trends in venture capital 2006 survey, *Deloitte Touche Tohmatsu*, Juli 2006

Venture Capital (Risikokapital) wird oft als Lebensader der Technologieindustrie bezeichnet, da viele Entwicklungen ohne die benötigte Finanzspritze nie in den Handel gelangen würde. Im Zuge der Globalisierung dehnt die Branche ihren Investment-Fokus immer weiter aus.

Eine weltweite Umfrage unter 505 Venture Capital-Unternehmen, davon 119 aus Europa, ergab, dass mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen ihren Investment-Fokus in den nächsten fünf Jahren ausweiten will. Der Einsatz von Risikokapital ist allein in Europa von 12,8 (2004) auf 15,8 Mrd. Dollar (2005) gestiegen. Zentraleuropa gilt bei den europäischen Venture Capital-Unternehmen als attraktivste Region für Risikokapital, gefolgt von Osteuropa, Asien/Pazifik und den USA. Risikokapitalfirmen aus den USA setzen dagegen voll auf China und Indien. Besonders attraktiv sind Investitionen in den Bereichen Software und Telekommunikation. Als wichtigster Wachstumssektor der nächsten fünf Jahre gilt allerdings der Bereich Energie und Umwelttechnologie, gefolgt von der Halbleiterindustrie und dem Medizintechnik-Sektor. Die Umfrage zeigt eine wachsende internationale Verflechtung des Venture Capital-Sektors. Wo früher noch Büros im Ausland eröffnet wurden, stehen heute strategische Allianzen und Netzwerke im Mittelpunkt der Unternehmen, um mit der Globalisierung Schritt zu halten. Dazu fordern die Unternehmen von ihren Mitarbeitern eine hohe Mobilität.

Der Standort Deutschland ist im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten voll wettbewerbsfähig, was die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angeht. Problematisch sind lediglich die Bedingungen für Unternehmensgründungen: hier herrschen laut Umfrage nur in Kanada und Lateinamerika noch schlechtere Voraussetzungen. [Mehr...](#)

### **Chancen und Probleme für die internationalen Arbeitsmärkte**

Gustav Ranis, David Corderi, When Labor Louses Out to Trade, *YaleGlobal*, 10.08.2006

Insgesamt trägt der internationale Handel dazu bei, den Lebensstandard der Menschen weltweit zu verbessern. Laut einer Studie der OECD jedoch war die Globalisierung im Jahr 2000 für etwa 4% der Langzeitarbeitslosen in den USA und der EU verantwortlich. Auch in Schwellenländern verlieren Menschen durch den Freihandel ihre Arbeitsplätze. Besonders bedroht sind Arbeiter in wettbewerbsintensiven Branchen wie Textil- und Bekleidungsindustrie sowie Automobilherstellung.

Für die Zukunft hängt viel davon ab, ob den Betroffenen zu vertretbaren Kosten geholfen werden kann. Die OECD unterscheidet drei Modelle:

1. das angelsächsische: Dieses Modell überlässt den Arbeitsmarkt weitgehend den Kräften des freien Marktes und sieht nur minimale staatliche Eingriffe vor. Die Folge ist ein sehr flexibler Arbeitsmarkt, der allerdings nur wenig soziale Absicherung für die Arbeitnehmer bietet.
2. das skandinavische: Als Paradebeispiel für dieses Modell dient Dänemark, das seine Arbeitslosenquote von 10% Anfang der 90er Jahre auf heute unter 5% senken konnte. Das Modell besteht aus einer Mischung aus flexiblen Anstellungsverhältnissen, einem sozialen Netz aus Arbeitslosenunterstützung und kostenlosen Umschulungsangeboten.
3. das kontinentaleuropäische: Dieses Modell ist vor allem in Deutschland und Frankreich verbreitet. Es bietet eine weitgehende soziale Absicherung der Arbeitnehmer, die allerdings durch wenig Flexibilität am Arbeitsmarkt (Arbeitsplatzsicherung, Lohnfestschreibungen etc.) erkauft wird.

Während in Europa nur 52% der Arbeitnehmer aus der international wettbewerbsintensiven Industrie innerhalb von zwei Jahren wieder Arbeit finden, sind es in den USA 63%.

Eine große Herausforderung kommt durch die Öffnung ihrer Märkte auf Schwellenländer wie Indien, Brasilien und China zu. Diese Staaten haben in der Regel einen relativ unflexiblen Arbeitsmarkt. Öffentliche Mittel werden stark in Gesundheit und Bildung allokiert, so dass für Arbeitslosenunterstützung, Umschulungen oder Hilfe bei der Jobsuche wenig Spielraum bleibt. [Mehr...](#)

### **Zerfallende Staaten als globales Sicherheitsrisiko**

Susan E. Rice, Global Poverty, Weak States and Insecurity, *Brookings Institution*, 02.08.2006

Schwache und zerfallende Staaten sind ein großes Sicherheitsrisiko, nicht nur für die eigene Bevölkerung, sondern auch für die gesamte internationale Gemeinschaft. Was aber ist ein schwacher Staat? Was sind die Kriterien für schwache Staatlichkeit?

Die schwächsten Staaten der Welt sind nicht in der Lage, grundlegende Regierungsfunktionen zu erfüllen: 1.) Bewahrung der Bevölkerung vor gewaltsamen Konflikten; 2.) Grundversorgung der Einwohner (Nahrung, Gesundheit, Bildung etc.); und 3.) die Ausübung legitimer Regierungsgewalt mit Unterstützung durch eine Bevölkerungsmehrheit. Die Brookings Institution klassifiziert Staaten als schwach, wenn sie dem so genannten „low income standard“ entsprechen und erhebliche Lücken in mindestens zwei der drei genannten Regierungsfunktionen aufweisen. Auf dieser Grundlage identifiziert die Studie von Susan E. Rice 52 schwache Staaten und erklärt, warum und über welche Umwege sie ein globales Sicherheitsrisiko darstellen. Diese Staaten sind „Hochrisikozonen“, die bei rasant fortschreitender Globalisierung auch Gefahren für weit entfernte Regionen produzieren – und zwar häufig indirekt, indem sie so genannte transnationale „spillover“-Effekte hervorrufen. Dazu gehören Gewaltkonflikte, Terrorismus, Ausbreitung von Krankheiten oder Umweltzerstörung.

Das größte Risiko jedoch besteht darin, den Zusammenhang zwischen schwachen Staaten und weltweiter Armut auf der einen und globaler Sicherheit auf der anderen Seite zu ignorieren, nur weil er nicht immer kausal erscheint. Am Ende zahlen wir einen hohen Preis, wenn wir die Auswirkungen von Armut auf die internationale Sicherheit verkennen. [Mehr...](#)

### **Der Westen nimmt die Armutsbekämpfung nicht ernst**

Commitment to Development Index, *Center for Global Development*, August 2006

Nie zuvor stand der Kampf gegen Armut und Unterentwicklung so weit oben auf der Prioritätenliste westlicher Politiker. Von Terrorismus bis zur Vogelgrippe – das globale Armutsproblem scheint für alles verantwortlich zu sein. Doch wie ernst nimmt der

Westen die Armutsbekämpfung wirklich? Lassen die Staatschefs der reichen Industrieländer ihren Worten auch Taten folgen?

In ihrem jährlich veröffentlichten „Commitment to Development“-Index schaut das Center for Global Development hinter die Fassade und will wissen, ob die Regierungen der wohlhabenden Länder den Armen dieser Welt wirklich helfen. Wie viel Entwicklungshilfe zahlen sie? Wie hoch sind ihre Handelsbarrieren gegen Baumwolle aus Mali oder Zucker aus Brasilien? Was tun sie gegen die globale Klimaerwärmung? Der Index beurteilt die Politik von 21 Staaten in den Bereichen Entwicklungshilfe, Handel, Investitionen, Migration, Umwelt, Sicherheit und Technologie.

Das Gesamturteil fällt negativ aus: Der Großteil der untersuchten Nationen wird seinen Versprechungen nicht gerecht. Noch vor einem Jahr verpflichtete sich die G8-Gruppe auf ihrem Gipfeltreffen, Agrarsubventionen und Einfuhrzölle erheblich zu reduzieren. Diese schützen die eigene Landwirtschaft zu Lasten der Bauern in armen Ländern. Das konkrete Angebot aber, welches Ende vergangenen Jahres von der G8 vorgelegt wurde, entsprach gerade einmal einer Reduzierung der EU-Handelsbarrieren um 1%. Dieses „Miniangebot“ ist ein Grund dafür, dass die diesjährigen WTO-Verhandlungen gescheitert sind.

Die Spitze des Ranking belegen die Niederlande, die vor allem mit großzügiger Entwicklungshilfe, beachtlichen Erfolgen bei der Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen und der Unterstützung von Investitionen in Entwicklungsländern punkten. Japan verbessert sich leicht, bleibt aber Schlusslicht unter den reichen Industriestaaten. Deutschland liegt im Mittelfeld, mit guten Werten in den Bereichen Umwelt und Investitionen in Entwicklungsländern. Verbesserungswürdig sind die Beteiligung an der internationalen Friedenssicherung und die Verbreitung des technologischen Fortschritts.

Es mag eigenartig erscheinen, dass gerade kleine Nationen wie die Niederlande oder Dänemark vor den großen Volkswirtschaften wie Japan oder den USA liegen. Doch der Index misst den konkreten Beitrag der einzelnen Länder unter Berücksichtigung ihres Potentials (Bruttoinlandsprodukt, Prokopfeinkommen etc.).

In den letzten vier Jahren haben doppelt so viele Länder ihre Werte verbessert im Vergleich zu denen, deren Werte schlechter geworden sind. Das ist ein ermutigender Trend, denn nachhaltige Entwicklung verlangt mehr als großzügige Geldgeber. Es bedarf vor allem der Erkenntnis, dass die Reichen und Mächtigen eine politische Verantwortung gegenüber den Armen und Machtlosen haben. Der Anfang scheint gemacht. [Mehr...](#)

Weitere Zusammenfassungen finden Sie unter [www.global-agenda.org](http://www.global-agenda.org).





Wir navigieren Sie durch die strategischen Themen der Weltpolitik



| → INTERNATIONALE POLITIK   | → GLOBALE WIRTSCHAFT   | → STRATEGISCHE REGIONEN   |
|--|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>→ Massenvernichtungswaffen und Terrorismus</li> <li>→ Freiheit und Demokratie im Nahen und Mittleren Osten</li> <li>→ Entwicklungspolitik/Kampf gegen Armut</li> <li>→ NATO/ESVP</li> <li>→ Klimawandel/Umweltschutz</li> <li>→ Zukunft der UN/Global Governance</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>→ Energie/Rohstoffe/Wasser</li> <li>→ Bildung/Forschung/Technologie</li> <li>→ Demographie/Global Aging/Migration</li> <li>→ Weltwirtschaft und Handel</li> <li>→ Kapitalmarkt/Corporate Governance</li> <li>→ Corporate Citizenship/CSR</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>→ China</li> <li>→ Indien</li> <li>→ Russland/Ukraine</li> <li>→ Asien</li> <li>→ Afrika</li> <li>→ Lateinamerika</li> </ul> |



Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

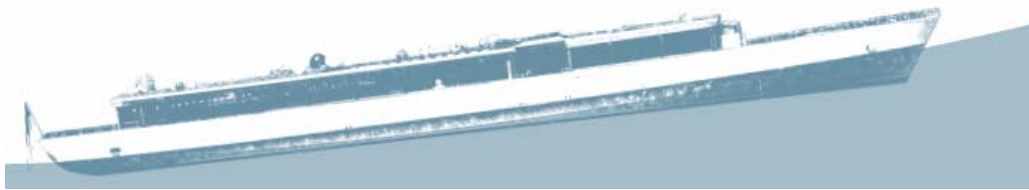
Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Björn Sacknieß/Eddie Hartmann

© Atlantische Initiative e.V. – Linkstrasse 12/Potsdamer Platz – 10785 Berlin

Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 206 337 90

Email: [info@atlantische-initiative.org](mailto:info@atlantische-initiative.org)



### **Erste „Atlantic Happy Hour“ der Atlantischen Initiative mit dem NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer**

Am 7. September veranstaltete die Atlantische Initiative e.V. ihre erste „Atlantic Happy Hour“ auf einem Loungeschiff auf der Spree in Berlin. Panel-Teilnehmer waren - neben dem NATO-Generalsekretär - der erst vor wenigen Wochen aus Afghanistan zurückgekehrte ISAF-Einsatzleiter Brigadegeneral Cristof Munzlinger, der außenpolitische Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Theodor zu Guttenberg und Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich Böll Stiftung. Moderiert wurde die Veranstaltung von Chernob Jobatey (ZDF-Morgenmagazin).

Die beiden Gründer der Atlantischen Initiative, Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen, betonten eingangs die Ziele der gemeinsam mit der NATO Public Diplomacy Division entwickelten Veranstaltungsreihe: 1. Stärkung einer außenpolitischen Kultur in Deutschland, denn „Außenpolitik ist immer auch Innenpolitik.“ 2. Vernetzung einer neuen Generation von Entscheidungsträgern aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereichen, um das Verständnis und die Sprechfähigkeit in außenpolitischen Fragen zu erhöhen.

Das Panel diskutierte mit 90 geladenen Gästen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und Kultur die Frage:

#### **Deutsche Soldaten im Ausland – Was bringt uns das?**

Rund 7.700 deutsche Soldaten sind zur Zeit weltweit an 10 verschiedenen Einsatzorten engagiert, davon knapp 6.000 im Rahmen der NATO. In Afghanistan nimmt die Bundeswehr eine Führungsrolle ein. Jüngst hinzugekommen ist die teilweise heftig debattierte Kongo-Mission mit 760 Soldaten. Diskutiert wurden deshalb Fragen wie: Warum hat der Bundestag diesen Einsätzen zugestimmt? Was sind Deutschlands Interessen in fernen Ländern? Was kommt auf die Bundeswehr zu, wenn sich die NATO zu einer globalen Allianz mit weltweiten Aufgaben wandelt? Wie ändern sich dann das Aufgabenfeld und das Selbstverständnis des Soldaten? Und vor allem: Was habe ich als normaler Bürger davon, wenn unsere Soldaten im Ausland aktiv sind?

Zahlreiche Medien wie dpa und das ZDF-heute-journal (08.09.) berichteten von der „Atlantic Happy Hour“. Hier einige zentrale Aussagen der Teilnehmer:

#### **Jaap de Hoop Scheffer (NATO-Generalsekretär)**

- Die NATO will weder Weltpolizist noch „Feuerwehr“ sein, dazu fehlt es an der politischen Ambition sowie an finanziellen und militärischen Mitteln; sie bleibt in erster Linie ein Bündnis für seine Mitglieder. Allerdings ist der politische Dialog zunehmend wichtig.
- Die Erweiterung der NATO um Länder auf anderen Kontinenten wie Australien und Japan steht nicht auf der Tagesordnung (dies wurde kürzlich in der Fachzeitschrift *Foreign Affairs* gefordert). Die NATO diskutiert zwar zurzeit, wie sie ihr Verhältnis zu Ländern, die maßgeblich zu NATO-Operationen beitragen, wie zum Beispiel Australien, vertiefen kann (sogenannte „Globale Partnerschaften“). Aber von weltweiter Mitgliedschaft kann nicht die Rede sein.
- Die Europäer kommen am ehesten mit den Amerikanern auf Augenhöhe, wenn sie die NATO-Gremien entschieden nutzen, im Bündnis starke Beiträge leisten und sich nicht von den Amerikanern z.B. mit eigenem „Caucus“ abgrenzen wollen.
- In Afghanistan setzen sich 20.000 NATO-Soldaten dafür ein, dass ein Mindestmass an Stabilität erreicht wird. Die NATO muss hier erfolgreich sein, damit Afghanistan keine neue Brutstätte für Terroristen wird. Die Konsequenzen wären auch in Europa zu spüren.
- Die afghanische Jugend ist die Hoffnung des Landes. Sie strebt nach einer Ausbildung und Arbeitsplätzen.

- Im Libanon war es wichtig, dass die UNO sich der Aufgabe angenommen hat. Die NATO muss und kann nicht überall dabei sein.
- Deutschland hat im Kosovo und in Afghanistan große Verantwortung übernommen. Dieses Engagement wird innerhalb der Allianz außerordentlich geschätzt.
- Die Bevölkerungen der NATO-Mitgliedsstaaten von der Notwendigkeit von Auslandseinsätzen zu überzeugen ist eine große Herausforderung, die in den einzelnen Mitgliedsstaaten angenommen werden muss. In jedem Fall sollte offen und ehrlich mit den Risiken von Missionen umgegangen werden. Hilfreich scheint eine Wertediskussion: Es lohnt sich, für universelle Menschenrechte einzustehen!
- Der Irak hat für kurze Zeit zu einer Spaltung des Bündnisses geführt, wie es sie hoffentlich nie wieder geben wird. Allerdings ist die NATO-Ausbildungsmission im Irak heute insgesamt erfolgreich.



Das Panel von links: Christof Munzlinger (Bundeswehr), Jaap de Hoop Scheffer (NATO-Generalsekretär), Moderator Cherno Jobatey (ZDF-Morgenmagazin), Ralf Fücks (Heinrich Böll Stiftung), Karl-Theodor zu Guttenberg (MdB). Im Hintergrund: Knut Kirste (NATO Public Diplomacy Division).  
Bild: Stefan Maria Rother

#### **Christof Munzlinger** (Brigadegeneral)

- Das Selbstverständnis des Bundeswehrsoldaten hat sich fundamental gewandelt. In Auslandseinsätzen ist, wie während der Landesverteidigung im Kalten Krieg, zwar nach wie vor auch der Soldat als Kämpfer gefordert, doch zunehmend auch als Helfer und Unterstützer, der kulturelle Empathie zeigen muss und sich auf schwierige psychologische Situationen einzustellen hat. Dies ist deshalb eine besondere Herausforderung in der Ausbildung, weil deutsche Soldaten aus einer Wohlstandsgesellschaft und einer bewährten Demokratie kommen.
- Soldaten werden teilweise mit einer unglaublichen Brutalität konfrontiert, z.B. innerhalb der afghanischen Clans bzw. Familien. Jedoch stimmen Erfahrungen mit der jungen Generation in Afghanistan positiv. Sie ist aufgeschlossen und kann für neue Werte und Einstellungen gewonnen werden.
- In Afghanistan vor Ort wird schnell klar, dass man es mit einer völlig anderen Kultur zu tun hat und die Bundeswehr sich daher auf wesentliche Dinge zu beschränken hat. Sicherheit und Stabilität sind Voraussetzungen für Bildung – den Schlüssel für eine bessere Zukunft Afghanistans. Die Taliban attackieren nicht umsonst systematisch und zunehmend die Schulen des Landes.
- Anfang des Jahres 2006, nach über 4 Jahren Einsatz in Afghanistan, waren wir noch der Meinung, viel erreicht zu haben. In der Tat hat sich die Situation für 95% der Bevölkerung verbessert. Zurzeit verschärft sich die Lage jedoch wieder. Die Anschläge nehmen zu und auch deutsche Soldaten im Norden sind in Kämpfe verwickelt: „Das ist keine Kaffeefahrt!“ Auch bereitet die Tatsache Sorgen, dass es kaum Fortschritte bei der Drogenbekämpfung gibt. Bauern und Zwischenhändlern muss eine Perspektive geboten und den Warlords das Handwerk gelegt werden. Auch ist die Unterdrückung der Frauen ein großes Problem.
- Sinnvoll wäre es, die Polizeiausbildung zu verstärken und den jungen afghanischen Parlamentariern die Grundlagen der Demokratie zu vermitteln. Hier müssen alle Kräfte gebündelt werden und mit GOs und NGOs zusammen gearbeitet werden, da die Soldaten allein überfordert sind.
- Die Bundeswehrsoldaten sind sehr gut motiviert, gut ausgebildet und vom Sinn des Auftrages überzeugt. Entscheidend ist ein Dialog mit der Bevölkerung auf Augenhöhe. Ein Scheitern möchte man sich nicht ausmalen. Alle arbeiten daran, dass Afghanistan ein „Leuchtturm“ wird, der positiv in andere gefährdete Regionen ausstrahlt: „Es gibt keine Alternative zum Engagement; es gibt auch viele Zeichen der Hoffnung!“
- Die Bundeswehr ist in Afghanistan mit Material und Technik – auch im internationalen Vergleich – gut ausgerüstet.

**Karl-Theodor zu Guttenberg** (Außenpolitischer Obmann der CDU/CSU-Fraktion)

- Die NATO ist bereits eine Allianz, die sich globalen Aufgaben stellt. Zentrale Fragen sind: Wo steht die NATO in 10 Jahren? Was sind ihre Interessen und künftigen Einsatzgebiete? Bei jedem neuen Einsatz muss die Frage nach den Interessen im Lichte der Umstände jedoch neu gestellt werden.
- Welche Interessen Deutschlands verbinden sich mit Bundeswehreinrätzen im Ausland? Aufgrund der geographischen Näher ist die Stabilität auf dem Balkan von fundamentalem Interesse für Deutschland; in Afghanistan muss verhindert werden, dass das Land wieder zu einem sicheren Hafen für Terroristen werden kann, die auch unsere Sicherheit bedrohen. Allgemein kann gesagt werden, dass in Deutschland immer unvoreingenommener über „Deutsche Interessen“ gesprochen werden kann.
- In Afghanistan sollte Deutschland sein Engagement auf den Norden konzentrieren, um dort erfolgreich zu sein. Das wesentliche Einsatzgebiet der Bundeswehr ist der Norden. Hierauf sollte unsere ganze Konzentration gerichtet sein.
- Der Kampf gegen den Drogenanbau in Afghanistan hat bis dato nicht die wünschenswerten Erfolge gezeitigt und stellt eine der entscheidenden Herausforderungen für das Engagement der Internationalen Gemeinschaft dar.
- Für Auslandseinsätze, wie insbesondere der Fall Afghanistan zeigt, ist die Koordination zwischen den wichtigsten Bundesministerien – AA, BMVg, BMZ – deutlich zu verbessern.
- Bei der Lösung der großen sicherheitspolitischen Herausforderungen ist von den großen Institutionen wie der NATO mehr Kreativität gefordert. Die Stärkung der NATO als strategisches Dialogforum ist daher zu begrüßen.
- Es steht zu befürchten, dass „Riga“ (NATO-Gipfel Ende November 2006) eher zu einer Farce wird: Über das Konzept der „Global Partnerships“ besteht noch keine Klarheit, der Erweiterungsprozess stockt und die ursprünglich bis zum Gipfel vorgesehene volle Einsatzbereitschaft der NATO Response Force – dem Vorzeigeprojekt der militärischen Transformation des Bündnisses – ist ebenfalls fraglich.

**Ralf Fücks** (Vorstand der Heinrich Böll Stiftung)

- Militarinterventionen entwickeln sich immer mehr in Richtung „nation building“. Die Erfahrungen etwa in Bosnien, in Afghanistan und im Irak zeigen, wie konfliktreich und langwierig diese Aufgabe ist – und dass es keine Erfolgsgarantie gibt.
- Bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist ein langer Atem der Politik notwendig; eine „Salamitaktik“ gegenüber der Bevölkerung, bei der die Dauer von Missionen, die finanziellen Aufwendungen etc. nur scheinbar bekannt gegeben werden, ist kontraproduktiv. Der Bevölkerung muss deutlich gesagt werden, worauf die Bundesrepublik sich einlässt und welche Gefahren auf die Soldaten zukommen.
- Wenn man Truppen schickt, wie jetzt in den Libanon, müssen diese auch mit einem realistischen Mandat ausgestattet werden: „Wenn, dann richtig!“ Vor allem gehört zu jedem Einsatz eine politische Strategie, die auf Konfliktuberwindung und eine stabile Friedensordnung zielt.
- Was trägt die deutsche Bevölkerung mit? Die bisherigen Missionen sind in der Regel als robuste Peacekeeping-Aktivitäten und eine Art „bewaffnete Entwicklungshilfe“ wahrgenommen worden. Kampfeinsatze über die eigene Selbstverteidigung hinaus waren bisher weitgehend Tabu. Was passiert, wenn der erste deutsche Soldat in einem solchen Kampf fällt? Wenn die Öffentlichkeit nicht vom Sinn eines Kampfeinsatzes überzeugt ist, wird der politische Rückhalt rasch schwinden.
- Ziele und Mittel der Bundeswehr müssen wieder zusammen passen. Ihr Auftrag hat sich seit dem Fall der Mauer grundlegend geändert, aber weder ihre Doktrin noch ihre Ausbildung und Bewaffnung entsprechen dieser Neuorientierung. Wir brauchen eine öffentliche Debatte über die neue Rolle des Militärs.
- Wichtig ist die Einbettung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr in den europäischen Verbund. Faktisch ist die gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik schon weiter als die europäischen Institutionen.
- Militareinsatze sind kein Patentrezept zur Krisenbewältigung in aller Welt. Die zentrale Frage lautet: Was kann man tun, um Konflikte politisch zu lösen? Die NATO muss die Frage beantworten, welche Rolle sie künftig in einer multipolaren Welt spielen will, in der die Vormacht des Westens von neuen Mächten herausgefordert wird.

Eine Veranstaltung in Kooperation von